



## NEWSLETTER JUNI

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

die Landtagswahl in NRW war eine herbe Niederlage für Bündnis 90/DIE GRÜNEN nach sieben Jahren Regierungsverantwortung. Neben den Fehlern in der Bildungspolitik ist es nicht gelungen, die erfolgreiche Arbeit im Umwelt-, Klima- und Energiebereich der letzten Jahre in ein positives Zukunftsbild für das größte Bundesland weiterzuentwickeln. So haben es CDU und FDP geschafft, mit dümmlichsten Parolen ein Zerrbild Grüner Regierungsarbeit zu zeichnen. Aus der NRW-Wahl gilt es nun für die Bundestagswahl die nötigen Schlüsse ziehen. Denn schwarz-gelb in NRW macht keinen Hehl daraus, Klima- und Umweltschutz schleifen und das Land in eine rußige Kohlevergangenheit zurückdrängsalieren zu wollen. Dem werden wir uns entgegenstellen, denn die Zukunft sind Erneuerbare und E-Mobilität statt Kohle und Diesel - und Zukunft wird aus Mut gemacht.

Über die neuesten Entwicklungen der Bundespolitik hält Sie mein Newsletter auf dem Laufenden. Viel Spaß beim Lesen.

Mit herzlichen Grüßen  
Ihr/euer

Oliver Krischer

### *Energie/Umwelt/Klima*

- 1. 10-Punkte-Plan für grünes Regieren**
- 2. Gastbeitrag Untersteller/Krischer für CO2-Bepreisung**
- 3. Kein Verständigung der G7 zu Klimaschutz - Europa und Deutschland müssen wieder Führungsrolle übernehmen**
- 4. Wer ist Erneuerbaren-Meister in der Bundesliga?**
- 5. Erste Ausschreibungsrunde bei Windenergie**
- 6. NEMOG – Statt Netzentgeltmodernisierung nur eine weitere Schikane gegen die KWK**
- 7. Arktis kämpft ums Überleben**
- 8. Terminhinweis: Menschekette von Aachen nach Huy gegen die AKWs Tihange & Doel am 25.Juni**

### *Agrar/ Ernährung/Verbraucher*

- 9. Grüne legen Pestizidreduktionsplan vor**
- 10. Union und SPD nur halbherzig bei Verbot von Pelzfarmen und Schlachtung trächtiger Tiere**

## **11. Studie zu Artenschwund bei Schmetterlingen**

*Verkehr/ Bauen/ Wohnen*

**12. Grüne legen Sondervotum-Entwurf Abgasuntersuchungsausschuss vor**

**13. Kein Ausverkauf der Autobahnen**

**14. Mietpreisbremse bremst nicht**

*Energie/Umwelt/Klima*

### **1. 10-Punkte-Plan für grünes Regieren**

Mit unserem Zehn-Punkte-Plan für grünes Regieren machen wir Ihnen ein verbindliches Angebot. Er gibt eine klare Antwort darauf, wofür wir stehen und wofür es uns Grüne braucht. Diese zehn Vorhaben entscheiden über die Zukunft unseres Landes. Sie sind der Maßstab für eine grüne Regierungs- teiligung. Wir werden sie zusammen mit dem Wahlprogramm-entwurf auf unserem Parteitag im Juni einbringen und danach mit vollem Einsatz dafür kämpfen, dass nach der Bundestagswahl am 24. Sep- tember die Richtung stimmt. Unser 10-Punkte-Plan findet sich [HIER](#).

### **2. Gastbeitrag mit Untersteller/Krischer für CO2-Bepreisung**

Energiepreise müssen endlich die ökologische Wahrheit sagen. Dazu haben Franz Untersteller (Ener- gieminister Baden-Württemberg) und ich ein Autorenpapier verfasst. Die Stromsteuer hat ihre ökolo- gische Lenkungswirkung durch den steigenden Anteil der Erneuerbaren verloren und ist überholt. Stattdessen brauchen wir eine CO2-Bepreisung für klimaschädliche Energierohstoffe. Sie ist aufkom- mensneutral gestaltet, belohnt aber die, die auf Erneuerbare Energien im Strom-, Wärme- und Ver- kehrsbereich setzen. Unser Vorschlag dazu findet sich [HIER](#).

### **3. Kein Verständigung der G7 zu Klimaschutz – Europa und Deutschland müssen wieder Füh- rungsrolle übernehmen**

Der G7-Gipfel in Italien endet ohne eine gemeinsame Erklärung zum Klimaschutz. US-Präsident Trump verweigert ein Bekenntnis zum globalen Klimaschutz und will in Kürze über ein Verbleib im Pariser Klimaabkommen entscheiden. Damit haben die G7 keinen gemeinsamen Nenner zum Klimaschutz mehr. Trumps Auffassungen zum Klimaschutz sind nun wahrlich nicht überraschend, auch wenn sein konkretes Verhalten unberechenbar ist. Wenn Frau Merkel sich nun in Bierzeltreden von Trump ab- setzt und als Bewahrerin des Klimaschutzes profiliert, ist das wenig glaubwürdig. Seit Jahren tut sie in Deutschland Null und Nichts für den Klimaschutz mit der Folge, dass die CO2-Emissionen seit 2009 hierzulande praktisch nicht gesunken sind und wir das Klimaschutzziel 2020 krachend verfehlen wer- den. Deshalb wäre die Antwort auf Trump, nicht nur mit dem Finger auf ihn zu zeigen sondern endlich ernsthaften und ambitionierten Klimaschutz im eigenen Land zu machen und mit Europa voranzuge- hen.

### **4. Wer ist Erneuerbaren-Meister in der Bundesliga?**

TSG Hoffenheim Meister vor Werder Bremen und Borussia Dortmund. Bayern München nur Mittelfeld und Bayer Leverkusen und Schalke Absteiger – so zumindest das Ergebnis der Erneuerbaren-Energien- Bundesliga-Tabelle. Wir hatten dazu alle Clubs der 1. Bundesliga nach der Nutzung erneuerbarer Ener- gien, Energieeffizienz und Stromtarifen in ihren Vereinen befragt und eine Bundesligatabelle erstellt. Die komplette Liste und weitere Details finden sich [HIER](#).

### **5. Erste Ausschreibungsrunde bei Windenergie**

Die Ergebnisse der ersten Ausschreibungsrunde für die Windenergie sind da – und sie sind überra- schend positiv. Der Erfolg der Bürgerenergien, auch wenn hinter vielen dieser Genossenschaften oft professionelle Unternehmen stehen, ist überragend und war so nicht absehbar. Der erzielte Durch- schnittspreis von 5,71 Cent pro Kilowattstunde Strom ist ein klarer Beleg dafür, dass die Windenergie

längst wettbewerbsfähig mit den alten, schmutzigen Energieträgern ist. Wirtschaftlich macht es darum jetzt keinen Sinn mehr, die sauberen und günstigen Energien mit dem Ausbaudeckel zu behindern und so den Klimaschutz auszuhebeln. Doch die schwarz-rote Koalition tut genau das. Weiterhin ist zukünftig wichtig, dass die Windräder, die den Zuschlag erhalten haben, dann auch gebaut werden. Mehr Infos dazu [HIER](#).

#### **6. NEMOG – Statt Netzentgeltmodernisierung nur eine weitere Schikane gegen die KWK**

Angekündigt hatte die Bundesregierung eine in der Tat überfällige, umfassende Reform der Netzentgelte. Herausgekommen ist ein Witz, nämlich der Torso eines Gesetzes, der bei den Netzentgelten nichts reformiert, verbessert oder gar mehr Anreize für Flexibilität setzt, sondern eine weitere Schikane gegen die klimafreundliche Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Die Bundesregierung will einfach sog. „vermiedene Netznutzungsentgelte“ streichen, was die Wirtschaftlichkeit der KWK und damit die Erreichung ihrer eigenen Ziele in dem Bereich noch weitere infrage stellt. In einer [Anhörung des Wirtschaftsausschusses](#) waren sich in seltener Eintracht alle Sachverständigen einig, dass Reformbedarf unstrittig nötig ist, aber dieser konkrete Gesetzentwurf der Bundesregierung nur schadet und nichts nützt. Ob diese klare Botschaft bei Union und SPD angekommen ist und der Gesetzentwurf hoffentlich beerdigt wird, werden die letzten verbleibenden Sitzungswochen dieser Wahlperiode zeigen.

#### **7. Arktis kämpft ums Überleben**

Die Arktis droht zu kollabieren, sie erhitzt sich doppelt so schnell wie der globale Durchschnitt. Auch die arktischen Gletscher schmelzen im Eiltempo. Alles passiert noch schneller und drastischer als die Klimawissenschaft es bisher erwartet hat. Die Ursache: Auch der einstige Klimavorreiter Deutschland wird die eigens gesteckten Klimaschutzziele 2020 meilenweit verfehlen und auch der nationale Klimaschutzplan 2050 ist seinen Namen nicht wert. Eine Umsetzung des Pariser Klimaabkommens sieht anders aus. Damit trägt die Bundesregierung eine Mitverantwortung für das Kollabieren der Arktis. Die Antworten der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage zum Zustand der Arktis zeigen, eine solche Klimapolitik wird die Arktis nicht überleben. Weitere Infos und die Antworten gibt es [HIER](#).

#### **8. Terminhinweis: Menschenkette von Aachen nach Huy gegen die AKWs Tihange & Doel am 25.Juni**

Gemeinsam und Hand in Hand mit zehntausenden Menschen wollen wir am 25. Juni ein Zeichen setzen und eine Menschenkette zwischen Aachen und dem belgischen Huy bilden. Wir fordern die sofortige Abschaltung der AKW-Schrottreaktoren Tihange und Doel. Denn Strahlung kennt keine Grenzen! Die Grünen im Rheinland sind dazu auch bei der Organisation der Anreise mit kostenlosen Bussen behilflich. Weitere Infos [HIER](#).

*Agrar/ Ernährung/Verbraucher*

#### **9. Grüne legen Pestizidreduktionsplan vor**

Die Artenvielfalt in Deutschland nimmt immer mehr ab – ein Hauptgrund dafür sind Pestizide. Sie gehören zu den stärksten Treibern des Artenrückganges. Über 300 Millionen Vogel-Brutpaare sind in den letzten 20 Jahren in Europa verschwunden und drei von vier Vögeln, die eigentlich hierzulande heimisch sind, gelten mittlerweile als gefährdet. Der Bestand des Kiebitzes ist zum Beispiel um 80 Prozent, des Braunkehlchens um 63 Prozent, der Uferschnepfe um 61 Prozent und des Rebhuhns um 84 Prozent zurückgegangen. 35 Prozent der Ackerwildkräuter, und 39 Wildbienenarten sind inzwischen ausgestorben. Selbst ‚Allerweltsarten‘ wie Feldlerche und Spatz sind mittlerweile bedroht. Auch Schmetterlinge flattern immer weniger, 40 Prozent der Tagfalter sind vom Aussterben bedroht. Wir Grüne haben deshalb einen [Pestizidreduktionsplan](#) vorgelegt, um diesen erschreckende Entwicklung zu stoppen.

#### **10. Union und SPD nur halbherzig bei Verbot von Pelzfarmen und Schlachtung trächtiger Tiere**

Nach wie vor sind in Deutschland die Schlachtung trächtiger Tiere und die Pelztierhaltung erlaubt. Dabei ist beides mit enormem Tierleid verbunden. Landwirtschaftsminister Schmidt verspricht seit Jahren Verbote – ohne zu liefern. Kurz vor dem Ende der laufenden Wahlperiode legen Union und SPD dann

doch noch einen Gesetzentwurf vor. Was erst einmal gut klingt, ist leider nicht gut gemacht. Die Ziele werden klar verfehlt. Warum? Alle weiteren Infos [HIER](#).

### **11. Studie zu Artenschwund bei Schmetterlingen**

42 Prozent der Tagfalter in Deutschland sind bereits ausgestorben oder vom Aussterben bedroht. In NRW ist das Ergebnis noch alarmierender. Dort sind fast 70 Prozent betroffen. Ursachen sind die industrielle Landwirtschaft mit ihrem Pestizid-Einsatz, das Verschwinden artenreicher Blumenwiesen und die anhaltende Flächenversiegelung. CDU/CSU und SPD müssen sich endlich stärker für den Schutz einsetzen. So das Ergebnis der ‚[Metastudie zum Rückgang der Schmetterlinge \(Tagfalter\) in Deutschland](#)‘ von Dr. Ralph Schöpwinkel im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion.

*Verkehr/ Bauen/ Wohnen*

### **12. Grüne legen Sondervotum-Entwurf Abgasuntersuchungsausschuss vor**

Mit dem Untersuchungsausschuss zum Abgasskandal haben wir aufgearbeitet, wie organisiertes Staatsversagen über Jahre einen millionenfachen Abgasbetrug auf Kosten der Verbraucher\*innen und Umwelt ermöglicht hat. Mit dem Ende der Zeugen- und Sachverständigen-Vernehmung steht nun der Abschlussbericht an. Die Große Koalition hat eine absurde Reinwaschung und Totalabsolution der Bundesregierung als Abschlussbericht vorgelegt. Unser Fazit des Abgasskandals sieht dagegen gänzlich anders aus. Deshalb haben wir ein Sondervotum vorgelegt, der die Versäumnisse der Bundesregierung und Autoindustrie klar benennt. Denn Fakt ist: in der Bundesregierung wurden frühe Hinweise auf Abgasmanipulationen und erhöhte Stickoxidwerte ignoriert, verantwortliche Kontrollbehörden schauen weg, Autohersteller schrieben am Untersuchungsbericht der Dobrindt-Kommission mit, deren Ergebnisse zum Teil immer noch vorenthalten werden und aus dem nach wie vor keinerlei Konsequenzen gezogen wurden. Mehr Infos zum Sondervotum [HIER](#).

### **13. Kein Ausverkauf der Autobahnen**

Weil die Große Koalition mit ihrem Bundesverkehrsminister Dobrindt und dem Bundesverkehrswegeplan in den nächsten Jahren viele neue Straßen bauen möchte, muss dafür nun Geld her. Doch das ist absurd: Wenn Deutschland immer mehr Straßen errichtet, müssen wir auch immer mehr für Unterhalt und Sanierung aufwenden. Die Große Koalition möchte darum künftig Bundesautobahnen zentral durch eine Autobahngesellschaft verwalten lassen. Im Gespräch waren auch Privatisierungen der Autobahnen. Wir finden: Öffentliches Eigentum darf nicht an Konzerne und Versicherungen verramscht werden. Mehr Infos und unsere Kritik an der Autobahngesellschaft finden sich [HIER](#).

### **14. Mietpreisbremse bremst nicht**

Die Mietpreisbremse war vielleicht mal eine gute Idee, aber da hört es auch schon auf, was man der Fehlkonstruktion der Großen Koalition an Positivem abgewinnen kann. Denn die Mietpreisbremse bremst alles Mögliche, nur nicht den Mietpreis. Schuld sind die unzähligen Ausnahmen und Schlupflöcher, die auf Betreiben der Union ins Gesetz eingebaut wurden. Das paradoxe Ergebnis: die Mieten steigen seit Einführung der Mietpreisbremse sogar schneller. Wir fordern schnelle Nachbesserung. Mehr Infos [HIER](#).

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.